ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE

**Konsequenz ist weiter notwendig:
Gemeinsam Corona-Infektionszahlen verringern**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass trotz erheblicher Einschränkungen vor und während der Feiertage das Infektionsgeschehen zur Corona-Pandemie deutschlandweit weiterhin auf einem sehr hohen Niveau ist. Dies betrifft auch Mecklenburg-Vorpommern.
2. Vor diesem Hintergrund teilt der Landtag die Bewertung der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 5. Januar 2021, dass es - bei Abwägung aller gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte und Auswirkungen - erforderlich ist, die geltenden, weitgehenden Beschränkungen über den 10. Januar 2021 hinaus weiter aufrechtzuerhalten und an verschiedenen Punkten zu verstärken.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, die gemeinsam von Bund und allen Ländern am 5. Januar 2021 vereinbarten Schritte und Maßnahmen in Landesrecht umzusetzen.
4. Der Landtag unterstützt die Erweiterung der bisherigen Beschlusslage zu privaten Zusammenkünften. Demnach werden private Zusammenkünfte im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit maximal einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person gestattet. Die Landesregierung wird darüber hinaus gebeten zu prüfen, inwieweit weitere Kinder von der Beschränkung privater Zusammenkünfte ausgenommen werden können.

5. Der Landtag unterstützt dabei mit Blick auf seinen Beschluss vom 15. Dezember 2020 (Drucksache 7/5673) das Ziel der Landesregierung, die aktuellen Prüfungsjahrgänge der allgemein bildenden und beruflichen Schulen ab dem 11. Januar 2021 zurück in den Präsenzunterricht zu führen. Er fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, gemeinsam mit der kommunalen Ebene im Januar auch eine Rückkehr der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen eins bis sechs in den Präsenzunterricht zu prüfen, wo das Infektionsgeschehen auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte dies zulässt.
6. Die Maßnahmen zur Eindämmung werden bereits von der großen Mehrzahl der Menschen solidarisch getragen und vorbildlich befolgt. Dennoch brauchen sie, ebenso wie unsere heimische Wirtschaft, eine Perspektive zu möglichen Öffnungen und Lockerungen. Deswegen wird die Landesregierung gebeten, abhängig vom Infektionsgeschehen und der Belastung des Gesundheitssystems zeitnah mit der kommunalen Ebene, den Sozialpartnern, den Wirtschaftskammern und den Wohlfahrtsverbänden über schrittweise Lockerungen nach den Kriterien des MV-Planes zu beraten und diese Öffnungsschritte anschließend in den Corona-Verordnungen festzulegen.
7. Der Landtag bittet alle Bürgerinnen und Bürger, durch ihr eigenes Verhalten und ihre Bereitschaft, sich und andere zu schützen, dazu beizutragen, dass die ergriffenen Maßnahmen rasch und nachhaltig Wirkung zeigen.

Thomas Krüger und Fraktion

Wolfgang Waldmüller und Fraktion

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Knapp 300 der 412 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland weisen eine 7-Tages-Inzidenz von mehr als 100 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner in den letzten sieben Tagen auf (darunter aktuell 4 in Mecklenburg-Vorpommern), über 40 sogar einen Inzidenzwert von über 250. Die Belastung im Gesundheitswesen und für die dort Beschäftigten sind hoch und weiter gestiegen - in den Krankenhäusern, auf den Intensivstationen und in den Gesundheitsämtern. Die Erkrankungen unter älteren Menschen nehmen ebenso wie die schweren Krankheitsverläufe weiter zu. Die aktuellen Meldezahlen spiegeln aufgrund verringerter Testungen und Meldeverzögerungen über die Feiertage das tatsächliche Infektionsgeschehen bundesweit und auch hierzulande nicht vollständig wieder. Experten der Universität Greifswald gehen davon aus, dass bei Lockerungen der Schutzmaßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt bis Mitte/Ende Februar eine 7-Tages-Inzidenz von über 500 erreicht würde; Anfang März befänden sich 300 Patienten auf den Intensivstationen des Landes, im März wäre das Gesundheitssystem überlastet. Gerade in dieser Situation ist auch die jüngste Entwicklung und Verbreitung von neuen Varianten des Corona-Virus mit Sorge zu betrachten.